

Aktuelle

Post

aus dem Kreistag (26)



14. Februar 2020

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

In der kurzen Kreistagssitzung am 12. Februar 2020 ging es hauptsächlich um Anträge der Grünen und Linken.

SPD und CDU konnten einen Antrag der linken Kreistagsfraktion nicht einfach wegstimmen. Es ging wieder einmal um die Mietobergrenzen des Wetteraukreises. Diese sind so berechnet, dass vor allem bedürftige Familien mit Kindern und Alleinerziehende ihre Miete nicht vollständig bezahlen können. Sie müssen Geld aus ihrer Grundsicherung abzwacken. Das belegt die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion (Drucksache 19//13029). Es gibt eine deutliche Unterdeckung bei den Mieten. Und das schon seit vielen Jahren.

Unser Antrag wird nun im Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit weiter beraten. Wir machen uns keine Illusionen über das Endergebnis dieser Beratungen. Aber das Thema kann durch unsere stetige Intervention nicht einfach ignoriert werden. Man muss sich damit beschäftigen. Und man hat in den letzten zwei Jahren auch reagiert: Mit einer Anhebung der Mietobergrenzen – auch wenn diese unzureichend ausgefallen ist. Wir bleiben dran!

Das sind die Themen der heutigen Ausgabe:

1. Antrag DIE LINKE/Piraten: Mietobergrenzen des Wetteraukreises überarbeiten!
Insbesondere Bedarfsgemeinschaften mit Kindern darf kein Geld mehr vorenthalten werden
2. Dazu auch: Anfrage DIE LINKE. / Piraten zur Aktualisierung der Mietobergrenzen des Wetteraukreises zum 1. 1. 2020
3. Antrag DIE LINKE/Piraten: Beitritt des Wetteraukreises zum Hessischen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben
4. Antrag die Grünen: Ausweisung des Oppershofer und Stornfelser Waldes als Naturwald
5. Antrag die Grünen: Lebensmittelüberwachung im Wetteraukreis

RÜCKLICHT



Defender 2020: DIE LINKE. protestiert gegen NATO-Großmanöver

Von März bis Mai findet das größte Manöver seit dem kalten Krieg statt. Fast 40.000 Soldaten mit schwerem Kriegsgerät nehmen an der Übung teil und die Bundeswehr ist mit dabei. 75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, vor allem durch die Rote Armee, marschieren

wieder deutsche Truppen an der russischen Grenze auf. Ein Signal der Geschichtsvergessenheit! DIE LINKE. beteiligt sich an den bundesweiten Protesten und ermuntert alle Menschen, ebenfalls daran teilzunehmen. Möglich ist das u.a. beim Ostermarsch in Frankfurt am 13. April 2020.

Neumitgliedertreffen

DIE LINKE. Wetterau begrüßte am 1. Februar 2020 neue Mitglieder in ihren Reihen. Vor allem die Zahl der jungen Mitglieder wächst. Das freut uns sehr! Die „Neuen“ interessieren sich besonders für Klimagerechtigkeit, für Frieden und die wachsende soziale Ungleichheit. Die Rechtsentwicklung sehen alle mit Sorge.



Her mit dem ganzen Leben!



Einladung zum
Internationalen
Frauentag
8. März 2020
14 Uhr, Roter Laden
Usagasse 23,
Friedberg



DIE LINKE.
Kreisverband Wetterau

Internationaler Frauentag 2020

Laut Gesetz sind Männer und Frauen längst gleichberechtigt. In der Realität braucht es noch einige Kämpfe, bis die volle Anerkennung der Frauen Selbstverständlichkeit sein wird.

Zum Kämpfen gehört aber auch Feiern! Am 8. März 2020: Politik, Essen, Trinken, Plaudern und der Chor „Links spielt die Musik“.

Antrag DIE LINKE/Piraten: Mietobergrenzen des Wetteraukreises überarbeiten!
Inbesondere Bedarfsgemeinschaften mit Kindern darf kein Geld mehr vorenthalten werden.

Ab 1. Januar 2020 gelten wieder neue Mietobergrenzen für den Wetteraukreis. Zum zweiten Mal in Folge wurden die Grenzen nach oben korrigiert. Das ist gut so. Denn für die Obergrenzen, die zuvor jahrelang galten, fanden einkommensschwache Menschen einfach keine Wohnung mehr.

Warum legt die Fraktion DIE LINKE. / Piraten solchen Wert auf die Gestaltung der Mietobergrenzen?

Mietobergrenzen gelten für Menschen, die soziale Unterstützung in Anspruch nehmen müssen: Hartz4 oder Sozialhilfe. Ein sehr großer Teil der Hartz4-Betroffenen ist nicht erwerbslos, sondern arbeitet im Niedriglohnsektor. Ihr Lohn reicht nicht zum Leben. Deshalb stocken sie beim Jobcenter bis zur Grundsicherung auf und/oder erhalten Geld für die Kosten der Unterkunft (Miete, Umlagen). Vom Sozialamt werden Rentnerinnen und Rentner unterstützt, deren Altersbezüge nicht ausreichen. Menschen mit Behinderungen und bei Arbeitsunfähigkeit sind ebenfalls häufig auf Sozialhilfe und Mietzuschüsse angewiesen.

Wir wollen, dass auch diese Menschen auf dem Wohnungsmarkt eine Wohnung finden und bezahlen können. Aber zunehmend finden schon Normalverdiener/innen keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. Doch: Wohnraum ist ein Menschenrecht und keine Profitquelle!

Darüber hinaus muss sich der Wetteraukreis mit der angeheizten Situation auf dem Wohnungsmarkt beschäftigen! Seit 2012 fordert DIE LINKE. Kreistagsfraktion eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft und verstärkt sozialen Wohnungsbau. Im Landratswahlkampf hatte der Druck bewirkt, dass der heutige Landrat Weckler versprach, aktiv zu werden. Bisher ist nichts geschehen! Und der Kreistag schläft!

Die Linke Bundestagsfraktion hatte im September 2019 eine Kleine Anfrage gestellt (Drucksache 19//13029). In der Antwort der Bundesregierung wurde deutlich: Im Wetteraukreis besteht eine deutliche Unterdeckung bei den Mietobergrenzen. Fast ein Drittel der bedürftigen Familien mit Kindern – müssen sich die Differenz zur tatsächlichen Miete vom Munde absparen. Sie knapsen den Fehlbetrag von ihrer Grundsicherung ab. Die Grundsicherung stellt das Existenzminimum dar.

Hier ist unser Antrag im Wortlaut zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1101-kreis-spart-bei-mieten-f%C3%BCr-arme-familien-mit-kindern.html>

Das war unsere Rede im Kreistag:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
die Kinderarmut steigt. Und das, obwohl fast alle Parteien Ideen und Programme veröffentlichen, die Kinderarmut eindämmen sollen. Es gab im Bundestag von CDU/CSU und SPD tatsächlich auch ein paar Verbesserungen. Jetzt habe ich hier nicht die Zeit diese darzulegen und über die Wirksamkeit bzw. Unwirksamkeit zu sprechen.

Aber verwundert es Sie eigentlich nicht, dass trotz Kinderzuschlag, trotz 5 Euro mehr für die Mitgliedschaft in Vereinen, trotz 8 Euro mehr Hartz4, trotz all dieser so toll klingenden Schöne-Familie-Gesetze, die Kinderarmut weiter steigt?

Meine Damen und Herren,

wir sprechen heute über einen Punkt, der Kinderarmut verringern könnte.

Eine kleine Anfrage der Linken im Bundestag vom September 2019 zeigt, dass es bei den Mietobergrenzen des Wetteraukreises gerade für bedürftige Familien mit Kindern eine Unterdeckung gibt. Das heißt: die Mietobergrenzen sind so berechnet, dass fast ein Drittel der armen Familien mit Kindern und der Alleinerziehenden Geld aus der Grundsicherung verwenden müssen, damit sie die Miete bezahlen können.

Was bedeutet das konkret?

Diese Familien müssen sich das Geld tatsächlich vom Mund absparen.

Bis 2019 betrug die Grundsicherung 424 Euro für einen Erwachsenen und für Kinder je nach Alter zwischen 245 und 322 Euro. 2020 gibt es für Erwachsene 8 Euro mehr und für Kinder ca. 6 Euro.

Ich weiß jetzt nicht, wer von Ihnen schon mal versucht hat, die gesamten Lebenshaltungskosten, Mobilitätskosten, Strom, Rücklagen für den kaputten Kühlschrank oder die Waschmaschine und die nötigen Anschaffungen für ein Kind mit beispielweise 669 Euro oder jetzt 682 Euro im Monat zu bestreiten. Aber mit einfacher Grundschulmathematik kann man sich bereits ausrechnen, dass es eine enorme Belastung ausmacht, wenn von diesem Betrag noch über 100 Euro abgezwickelt werden müssen, weil die Mietobergrenzen zu niedrig berechnet sind.

Im Wetteraukreis waren es 2018 26,4 Prozent der Familien mit mindestens einem Kind – das sind in absoluten Zahlen 736 Familien - die über durchschnittlich 117 Euro im Monat weniger Grundsicherung verfügen konnten. Bei den Alleinerziehenden waren 397 Familien betroffen – das sind 28,1 Prozent. Und sie mussten 110 Euro durchschnittlich von der Grundsicherung abzwacken.

Es handelt sich also nicht um irgendwelche Einzelfälle, sondern um 1133 Familien, meine Damen und Herren! In 1133 Fällen stellt der Wetteraukreis seinen Einsatz gegen Kinderarmut unter Beweis, indem er bedürftigen Familien mit Kindern auch noch zwischen 1300 und 1400 Euro im Jahr vorenthält! Ein toller Einsatz gegen Kinderarmut! Wirklich!

Meine Damen und Herren, wir sehen hier Handlungsbedarf!

Ein schlüssiges Konzept, das nur der Form nach schlüssig ist, taugt nichts!

Die Datenbasis des Wetteraukreises wird nicht dadurch besser, dass tausende Daten zusammengetragen werden. Vor allem dann nicht, wenn drei Viertel davon Bestandsmieten abbilden, von Wohnungen die zum Teil sogar Jahrzehntlang bewohnt sind.

Hier muss es endlich einen qualifizierten Mietspiegel geben, der die aktuellen Mietpreise auch berücksichtigt! Ein Schlüssiges Konzept ist sowieso nur eine Erfindung, damit die Kommunen und Kreise Geld sparen. Das geben die Richtlinien zur Erstellung eines Schlüssigen Konzepts ja auch unumwunden zu.

Aber bis es einen Mietspiegel gibt, sollte das Schlüssige Konzept des Wetteraukreises zumindest die Benachteiligung armer Familien mit Kindern beenden und die Unterdeckung bei den Kosten der Unterkunft aufarbeiten.

Zu diesem Antrag hatten SPD und CSU einen Änderungsantrag gestellt, der angenommen wurde: Überweisung in den Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit. Die Koalition bemängelte an den Ausführungen der Bundesregierung, es sei rein statistisches Material und es müsse der Einzelfall geprüft werden. Bei 1133 Fällen?? Das wird spannend.

Anfrage LINKE. / Piraten: zur Aktualisierung der Mietobergrenzen des Wetteraukreises zum 1. Januar 2020

Die neuen Mietobergrenzen, die seit 1. Januar 2020 gelten, weisen einige logische Brüche auf. Hier sind die Mietobergrenzen im Vergleich zu den Vorjahren zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/sozialpolitik/1124-vergleich-mietobergrenzen-von-2015-bis-2020.html>

Deswegen haben wir nachgefragt. Besonders wichtig ist, dass für solche statistische Berechnungen wirklich aussagefähige Daten herangezogen werden. Zum Beispiel wird man die Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht erfassen, wenn in die Datenbasis nur 25 Prozent Wohnungen des freien Wohnungsmarktes einfließen. Dafür aber 75% der Datenbasis Wohnungen erfasst, die belegt/vermietet sind – und das zum Teil seit Jahrzehnten! Aber das genau tut der Wetteraukreis! Langjährig vermietete Wohnungen sind im Durchschnitt billiger als Neuvermietungen.

Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast - sagte angeblich Winston Churchill. Hier ist die Anfrage zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1097-teil-2-aktualisierung-des-schl%C3%BCssigen-konzepts-der-mietobergrenzen-2020.html>

Wie das so ist, ergeben sich aus den Antworten neue Fragen. Zum Beispiel ist zu klären, ob die erhobenen Datensätze im Ostkreis als Grundlage für die Berechnung von Mietobergrenzen ausreichen. Auch wurde nicht beantwortet, wie viele Wohnungen zu den von uns erfragten Stichtagen frei und beziehbar waren, wie vom Bundessozialgericht gefordert.

LINKE. / Piraten: Beitritt des Wetteraukreises zum Hessischen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

Das Plädoyer wurde von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen und engagierten Einzelpersonen gestartet:

Hier der vollständige Text des Plädoyers:

https://www.verband-binationaler.de/fileadmin/Dokumente/PDF_Veranstaltungen_2019/Hessisches_Plaedoyer_final.pdf

Wir haben alle Fraktionen aufgefordert, diesen Text zu zeichnen:

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
dieses Plädoyer wird bereits von zahlreichen Kreisen, Städten und Gemeinden unterstützt.
Auch der Wetteraukreis sollte hier Flagge zeigen.

Im Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetzbuch steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“
Das ist der Kern unserer demokratischen, solidarischen und offenen Gesellschaft.
Auf diesem Grundsatz bauen Deutschland, Europa und damit über 70 Jahre Frieden auf - er ist nicht verhandelbar!

Doch wird derzeit unsere demokratische, solidarische und offene Gesellschaft angegriffen.
Rassismus und Menschenfeindlichkeit sollen scheinbar wieder gesellschaftsfähig gemacht werden. Dieser Angriff gilt der Demokratie selbst und allen die für sie stehen. Deswegen ist es notwendig hier eindeutig Stellung zu beziehen, auch und gerade weil es für ehrliche Demokraten eine Selbstverständlichkeit darstellt.

Wir freuen uns, dass dieser Antrag mehrheitlich angenommen wurde. Dagegen stimmte NPD, AfD und Teile der Freien Wähler.

Die AfD schäumte: Dieses Plädoyer würde gar nicht aus der Feder der Linken stammen. Wir schmückten uns mit fremden Federn. Da würde ein „angeblicher Rechtsruck“ konstatiert. Dabei gäbe es einen Linksruck und man müsse dem was entgegensetzen.

Wir erwiderten: Ja, wir haben das Plädoyer nicht verfasst. Aber wir finden es gut, dass es ein breites Bündnis gibt, das sich für die wirklichen Werte unserer Gesellschaft einsetzt. Das unterstützen wir gerne! Zum „angeblichen“ Rechtsruck nur so viel: Gerade in den letzten Tagen hat Thüringen gezeigt, wie weit rechte Positionen in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen sind. Dabei sind viele Vertreter der Thüringer AfD Faschisten! Aber nicht nur das! Auch Hetze und Drohungen gegen demokratische Kommunalpolitiker/innen, Überfälle auf Parteibüros und linke Initiativen und nicht zuletzt die NSU-Morde und der Mord am CDU-Politiker Lübcke zeigen, wie nötig antifaschistische Bündnisse sind!

Antrag die Grünen: Ausweisung des Oppershofer und Stornfelser Waldes als Naturwald

Die Naturschutzverbände NABU, BUND, HGON, Greenpeace, WWF und Zoologische Gesellschaft Frankfurt fordern, dass die Wälder bei Oppershofen und Stornfels als Naturwälder ausgewiesen werden. Dieser Forderung schlossen sich die Grünen an. Die Begründung ist, dass mehr als 50 Prozent der Bäume dort älter als 140 Jahre sind. Es geht um 710 ha Wald in Stornfels und 21 ha in Oppershofen.

Hier ist eine interessante Ausführung zu lesen:

<https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/waelder/waldpolitik/>

Wir haben diesem Antrag zugestimmt. Aber er wurde in den Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Energie geschoben. Zur Diskussion soll die Ministerin Priska Hinz eingeladen werden (oder eine Vertretung). Die Grünen verlangten eine rasche Behandlung und keine endlose Verschiebung des Antrags.

Antrag der Grünen: Lebensmittelüberwachung im Wetteraukreis

Zugestimmt haben wir auch einem Antrag der Grünen, der fordert: Der Kreisausschuss solle im zuständigen Ausschuss des Kreistages über die Maßnahmen zur Lebensmittelkontrolle berichten. Dieses Ansinnen halten wir für richtig. Nicht zuletzt der Wilke-Wurst-Skandal zeigt, wie wichtig eine wirksame Lebensmittelkontrolle ist.

Die Grünen fragen nach der personellen Ausstattung, der Qualifikation des Personals, dem System der Einbindung in die staatliche Lebensmittelüberwachung, wie das Meldewesen und die Kommunikationsstrukturen aufgebaut sind, die Rolle der Fachaufsicht, die Abläufe der Überwachungstätigkeit, nach den Kontrollfrequenzen, der Kontrolltiefe und dem Umfang der Kontrollen und wann Unternehmen als Risiko eingestuft würden.

Auch hier gab es einen Änderungsantrag der Koalition aus SPD und CDU. Auch hier wollen sie die Landesministerin Priska Hinz einladen, um die Fragen der Grünen zu klären.

Nicht nur uns erscheint unklar, warum die Fragen der Grünen nicht vom Wetteraukreis selbst beantwortet werden können.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber